



Prof. Dr. Jacques Picard
Universität Basel

OSCE Conference on Anti-Semitism / OSZE Konferenz über Antisemitismus
Vienna / Wien 19 / 20 Juni 2003

Session 4: "Information and Awareness Raising: The Role of the Media in Conveying"

Meine Damen und Herren

Ich wende mich in meinem Beitrag vor allem methodischen Überlegungen zum Thema des Internets als einem jungen und wenig erforschten Medium zu. In Hinsicht auf Hass, Verleumdung und Gewalt sowie auf Antipluralismus und Antisemitismus ist diese Informationsvermittlung von besonderer Bedeutung. Wenig ist dann auch noch zu Zeitungen und Television zu sagen.

Ich möchte Sie dabei mit folgender Aussage konfrontieren: Die Metaphorik der Gewalt und des Hasses im Internet-Hypertext ist schlechthin nicht originär, und Antisemitismus und Antipluralismus im Internet bieten nur einen sehr geringen Wert an neuen Einfällen und Erkenntnissen.

Vielmehr sind Cybertexte im Internet in *inhaltlicher* Hinsicht weitgehend geliehen! Sie sind Kopien von imaginierten Vorstellungen von „Juden“ oder „Auschwitz“ oder „Israel“, und dann wieder die Kopien dieser Kopien. Die virtuelle Realität ist lediglich eine Transformation aus der sozialen Realität. Das zu verstehen ist zentral. Was wir im Internet an Gewaltphantasien, Antisemitismus, Rassismus, Sexismus und Obszönitäten vorfinden, lebt nicht für sich, sondern es ist ein Abbild des gesellschaftlichen Mainstreams und den dort existierenden sozialen Gruppen und Teilgruppen.

Umgekehrt macht das Internet sichtbar, was in radikalen Jugendbewegungen, geselligen Clubs, politischen Liebhaberzirkeln, christlichen und muslimischen Gemeinschaften, intellektuellen Milieus oder in neuen Zuwanderergruppen in Europa sich durch Phantasien und Potenzialen als eine heutige soziale Realität konstituiert. Es ist dabei erstaunlich, dass gerade

auch nicht-europäische Gruppen sich passende antisemitische Symbole und Motive aus klassischen europäischen Quellen des Antijudaismus und aus Nazi-Illustrationen leihen und verwenden. Antisemitismus dient dabei als ein historisch hergeleiteter Code für *Antipluralismus* ganz allgemein. Antipluralismus bedeutet, dass irgendeine religiöse, soziale oder ethnische Gruppe Hass und Verleumdung gegen irgendeine andere religiöse, soziale oder ethnische Gruppe verbreitet – unbesehen, um wen es sich dabei handelt. Antisemitismus wird dabei nicht trotz, sondern wegen Auschwitz verbreitet, und diese neue Art des Antisemitismus trägt einen Gospel vor, der sich anheischig macht, im Namen von Antirassismus und Menschenrechten seine Botschaft des Hasses zu verbreiten. Unter dieser Verkehrung der Prämissen und Realitäten ist es ein Antisemitismus gegen Juden und gegen die Existenz Israels.

Hypertexte im Internet sind somit Nachahmungen und Spiegelungen, aus denen das Erlebnis sozialer Devianz in der Mehrheitsgesellschaft spricht. Die Foren im Internet öffnen dafür die Räume. So werden öffentlich verpönte und illegale Semantiken in einer Masse und mit einer Ungehemmtheit sicht- und lesbar, die zuvor noch nicht sicht- und lesbar waren. Aber sie existierten lange vorher, und bedienten sich, wie im Falle des Antisemitismus, gar während Jahrhunderten der Hass- und Verleumdungsmetaphorik. Neu ist hier, dass das Internet dieser Realität eine Verbreitung im Schutze der Anonymität bietet.

MDH – Diese Einsichten über Internet und Cybertexte in Hinsicht auf Gewalt und Hass beruhen auf Erkenntnissen eines wissenschaftlichen Forschungsprojektes mit den Namen „Violence“ an der Universität Basel [www.unibas.ch/violence/], das von Nico Rubeli erarbeitet wurde.

Welche Konsequenzen sind hier indessen in politischer Hinsicht zu bedenken? Was bedeutet dies für das Problem ‚Antisemitismus‘, und was sagt es Ihnen als Delegierte Ihrer Staaten?

Erstens sind Erklärungen, dass das, was in virtueller Realität sicht- und lesbar ist, als ‚pathologisch‘ zu verstehen wäre, schlicht unnütz. Solche Erklärung verkennt den Hass und seine Phantasien als eine soziale und politische Realität. So ist denn auch klar, worauf es ankommt: Hass und Gewalt können nur in der sozialen Realität selbst wirksam bekämpft werden.

Und *zweitens* bedeutet es: Im Internet lassen sich keine Dialoge und keine Diskussionsbereitschaft entwickeln. In Chaträumen gegen Hass aufzuklären oder in Foren elektronisch mit Antisemiten zu diskutieren, würde lediglich die virtuelle Realität fixieren und in erster Linie die – anonymen – Verbreitung von Hass, Gewalt, Antipluralismus und Antisemitismus legitimieren.

Im Klartext: Die virtuelle Realität muss zurück übersetzt werden an den Ort der politischen Konfrontation! Nur so kann das Spiel mit der Illusion durchbrochen werden.

Zuerst *grundsätzlich*: Die Anonymität im Internet, als Kern der virtuellen Realität, muss aufgehoben werden. Wer Websites betreibt, in Oneline-Chats teilnimmt, Foren eröffnet oder auch Forentexte schreibt, muss seine Identität zu erkennen geben. User sollen registrierbar

und somit erkennbar sein. Dieses Prinzip durchzusetzen ist eine politische Aufgabe, die demokratisch zu legitimieren ist! Es braucht dafür von der Politik geförderte oder geführte Instrumentarien.

Das hier eingeforderte Prinzip der Nicht-Anonymität widerspricht nicht dem Prinzip von freier Rede, von ‚Free speech‘ – denn: wer sich zu erkennen gibt, trägt zum Schutz von ‚Free speech‘ bei. Die Internet-Realität zeigt uns dies wie in einem Spiegel: Einerseits nutzen User heute das Logo ‚Free speech‘, um Hass und Gewalt *anonym* zu verbreiten, was ein Missbrauch von Demokratie ist. Andererseits werden besorgte Kritiker dieses Zustandes bereits mit dem deutschen Wort ‚Internet-Blockwarte‘ desavouiert, ein aus dem Nationalsozialismus geliehenes Wort, das auf die Täter in den Konzentrationslagern verweist.

Und *zweitens*: Es braucht grenzüberschreitend eine Ethik des Internets im Sinne einer ‚Corporate citizenship‘, die operativ wirksam ist. Es besteht ein Bedarf nach Rechtssetzung und Rechtspraxis, damit – teilweise bereits existierende – Regeln auch durch Sanktionen wirksam werden können. Die Provider müssen garantieren, dass die Hass verbreitenden Users nach den jeweiligen Landesregeln auch strafrechtlich belangt werden können. Ich verweise daher auf die Zusatz- und Erklärungsprotokolle zur Konvention über Cybercrime des Europarates, auf die Vereinbarungen von Kopenhagen und natürlich auf die Internationale Konvention zur Beseitigung von allen Formen rassistischer Diskriminierung vom 4. Januar 1969. Es ist zu prüfen, inwiefern hier eine internationale Konvention anzustreben ist. Den Regierungen jener Staaten, die heute Antisemitismus zulassen oder gar zu seiner Verbreitung beitragen, ist deutlich zu machen, dass dies von der internationalen Staatengemeinschaft nicht geduldet wird.

Drittens ein Hinweis: Die OSZE tut wohl gut daran, bestehende Initiativen zu fördern, welche virtuelle Realität in politische und soziale Realität zurück übersetzen. Mir bekannt ist heute die Initiative des ‚International Network Against Cyber Hate‘ [www.inach.net], ein Zusammenschluss von ‚Internet Streetworkern‘ aus den Niederlanden, der Schweiz, Deutschland, Belgien, Schweden, Irland und Polen. Hier wird ein Austausch über strafrechtlich relevante Websites und von Informationen über Internet-Betreiber aufgebaut. Aus meinem Land beteiligt sind hier z.B. die Basler Initiativen [www.akdh.net].

Schliesslich möchte ich etwas zu zwei traditionellen Medien, nämlich zu Zeitungen und Television sagen. Was über das Internet gesagt wurde, kann hier nicht völlig gelten, aber auch nicht einfach ignoriert bleiben. Man gewinnt den Eindruck, dass auch traditionelle Medien oft Vorurteile und Phantasien reproduzieren anstatt Informationen in präzisen Kontexten mit konkreten Gesichtern zu erarbeiten. Was wir dann in Zeitungen lesen, hat mit der Wahrnehmung von Realitäten weit weniger zu tun als mit der wenig bedachten Rezyklierung von schon Gesagtem.

Oft sind also die Medien nicht die Lösung des Problems, sondern ein Teil des Problems selbst. Medienproduzenten laufen Gefahr, von sicheren Schreibtischen aus die Ideologen des Hasses zu verkennen oder gar zu bedienen und dabei die Opfer des Hasses zu Schuldigen am eigenen Unglück zu machen.

Zeitungen reden viel über Juden und über Antisemiten, aber sie reden kaum mit Juden und sie suchen und decken auch nicht jene Leute auf, die Antisemitismus, Antipluralismus oder Hass verbreiten, insbesondere in Hinsicht auf den Konflikt im nahen und Mittleren Osten. In der Schweiz hat die ‚Eidgenössische Kommission gegen Rassismus‘ den Medien empfohlen, mit den im Lande ansässigen Minoritäten zu sprechen. Das setzt allerdings voraus, dass sie auch deren Sprache verstehen, erkennen und einordnen können.

Journalisten müssten also angesichts von Hass und Gewalt vermehrt an noch unbekannte Orte zu den unbekanntem Urhebern gehen, wo der Hass gegen andere Minoritäten seit langem verbreitet wird. Es wäre ein Beitrag, die zähe Anonymität des Hasses und der Gewalt aufzudecken. Das erscheint mir in langer Perspektive als der beste Weg, auch die künftigen Opfer dieses Hasses und der Gewalt zu schützen.

JP 17.06.2003